



Dr. Hubert Gehring ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung, zuständig für Tschechien und die Slowakei.



Tomislav Delinić ist für die Konrad-Adenauer-Stiftung in Prag tätig.



Andrea Zeller war von März bis Juli im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Slowakei tätig.

BEWÄHRTE PARTNERSCHAFTEN MIT POTENTIAL

DIE BEZIEHUNGEN DEUTSCHLANDS ZU TSCHECHIEN UND DER SLOWAKEI

Hubert Gehring / Tomislav Delinić / Andrea Zeller

Die Grenze zur Tschechischen Republik ist mit einer Länge von 811 Kilometern die zweitlängste Außengrenze Deutschlands. Sie trennte 40 Jahre lang die Bundesrepublik und das Land, das damals die Tschechoslowakei war, nicht nur räumlich, sondern vor allem politisch, kulturell, wirtschaftlich und ideologisch. Seitdem sind Tschechien und die Slowakei eigene Wege gegangen. Die Beziehungen beider Länder zu Deutschland haben sich indessen positiv entwickelt und besitzen in einigen Bereichen noch Potential.

1. DIE BEZIEHUNGEN ZUR TSCHECHISCHEN REPUBLIK

40 Jahre der kommunistischen Herrschaft stellten lediglich einen kurzen Abschnitt in den Deutsch-Tschechischen Beziehungen dar, die bereits vor über 1000 Jahren ihren Ursprung fanden. Obwohl Deutschland mit der Tschechischen Republik traditionell eng verflochten ist, wurde die gemeinsame Geschichte oftmals getrennt erlebt und getrennt gelebt. Mit der „Samtenen Revolution“ 1989 ist ein weiteres Kapitel der gemeinsamen Beziehungen aufgeschlagen worden. Nach Jahrzehnten der Trennung hatten Deutschland und Tschechien wieder eines gemeinsam: Demokratie, Freiheit, Marktwirtschaft und vor allem den Drang, Frieden und Wohlstand in Europa zu stabilisieren. Symbolisch dafür soll Prag stehen, im Spätherbst 1989 Hauptstadt der Tschechoslowakei.

JUBELSCHREIE AM 30. SEPTEMBER 1989 KÜNDIGEN NEUE ZEITRECHNUNG AN

Prag spielt in der Geschichte der deutschen Einigung eine ganz besondere Rolle. Ab August 1989 flohen Tausende DDR-Bürger in die Botschaft der BRD in Prag. Am 30. September wurde den Flüchtlingen die mögliche Ausreise in die BRD angekündigt. Aber auch danach und selbst nach der Schließung der Grenze von der DDR zur Tschechoslowakei sammelten sich weitere DDR-Flüchtlinge an, denen abermals durch Sonderverhandlungen die Ausreise ermöglicht wurde. Am 3. November 1989, also sechs Tage vor der innerdeutschen Grenzöffnung, wurde eine direkte Ausreise über die tschechoslowakisch-deutsche Grenze von nun an auch ohne Sondergenehmigung möglich. Die Grenze nach Westen war für die Flüchtlinge nun faktisch offen. Diese Öffnung des Eisernen Vorhangs ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur deutschen Einheit, da sie praktisch auch die Grenzöffnung der DDR erzwang. Somit hat die Tschechoslowakei einen nicht unbedeutenden Anteil am weiteren Verlauf der Geschichte und der Wiedervereinigung Deutschlands. Symbolisch bleibt Prag dabei nicht zuletzt wegen des Ringens des damaligen Außenministers Hans-Dietrich Genscher und Rudolf Seiters, damals Chef des Bundeskanzleramts, in Erinnerung – und das nicht nur den Deutschen. Viele Prager erinnerten sich anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der Ereignisse an die überall stehen und liegen gelassenen „Trabis“, die das Stadtbild prägten. Und als der Jubel der DDR-Bürger von der Prager Kleinseite hinüber ins Stadtzentrum hallte, wurde vielen klar, dass ein neues Kapitel der deutsch-tschechischen Beziehungen aufgeschlagen wurde.

Als der Jubel der DDR-Bürger von der Prager Kleinseite hinüber ins Stadtzentrum hallte, wurde vielen klar, dass ein neues Kapitel der deutsch-tschechischen Beziehungen aufgeschlagen wurde.

VERTRÄGE BRINGEN AB 1992 ANNÄHERUNG

Noch aber war Tschechien Teil der nun demokratischen tschechoslowakischen Föderation. Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit am 27. Februar 1992 war dann ein erster Schritt der konkreten Verständigung der Nachbarländer nach dem

Zusammenbruch des Ostblocks. Das Dokument bildet eine Art Grundlagenvertrag, in dem eine breite Palette nachbarschaftlicher Fragen angesprochen wird, allerdings keine konkreten Aussagen zur Vergangenheit gemacht werden. Die territoriale Integrität und Feststellung der Grenzen werden erwähnt und 1994 durch einen Grenzvertrag ergänzt. Zwei Probleme der Vergangenheit, die weiterhin unangetastet bleiben, sind die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus und die Frage der Vertreibungen. Der Vertrag von 1992 wird deshalb von Kommentatoren als ungenau und ohne greifbare Folgen bewertet, so dass 1997 schließlich noch eine ergänzende Erklärung unterschrieben wird.

Die Deutsch-Tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung war danach der erste Versuch der Aufarbeitung der Vergangenheit. Gerade weil dieses Mal auch Vergangenheitsthemen angesprochen wurden, ist das Dokument für Tschechien und Deutschland von wichtiger symbolischer Bedeutung. Nach langen beidseitigen Verhandlungen unterzeichneten Vertreter beider Länder am 21. Januar 1997 das wegweisende Dokument. Auf tschechischer Seite waren einige Akteure beteiligt, die heute führend in Politik und Gesellschaft tätig sind, darunter der heutige Staatspräsident Václav Klaus, der ehemalige Europaminister Alexandr Vondrák und der heutige Botschafter Tschechiens in Berlin, Rudolf Jindrák.

Die Feststellung, dass beide Länder die „Beziehungen nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen belasten werden“, war ein wichtiger Schritt für eine gegenseitige Annäherung und die Entkämpfung der Beziehungen.

Die Deutsch-Tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung war danach der erste Versuch der Aufarbeitung der Vergangenheit.

Kritikern ging die Erklärung gerade in den Punkten Aufarbeitung der Vergangenheit nicht weit genug. Gerade einige Vertreter der Sudetendeutschen sehen in der Erklärung nach wie vor eine verpasste Chance. Doch angesichts der großen Spannungen in der Vergangenheit und der Wichtigkeit symbolischen Aufeinanderzugehens ist die Deutsch-Tschechische Erklärung nach Auffassung vieler Experten aus heutiger Sicht ein wegweisendes Element der

gegenseitigen Beziehungen. Durch die Institutionalisierung der nachbarschaftlichen Zusammenarbeit in Form des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds und des Deutsch-Tschechischen Gesprächsforums wurden in der Erklärung Plattformen für Kooperation und Dialog geschaffen, die eine konstruktive Debatte ermöglichen.

NACHBARSCHAFT IN DER PRAXIS

Der Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds wurde Ende 1997 als zwischenstaatliche Institution gegründet und hat die Form eines Stiftungsfonds, der finanziell von der tschechischen und deutschen Regierung anteilig unterstützt wird. Er soll auf vielfältige Weise die Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen fördern.

Jährlich erreichen den Zukunftsfonds etwa 600 Projektanträge, die mit unterschiedlichen Beträgen entweder in Euro oder Kronen gefördert werden. Insgesamt

steht ein jährliches Budget von 75 Millionen Kronen (etwa drei Millionen Euro) für die Unterstützung zur Verfügung. Die Projekte stammen aus ganz verschiedenen Bereichen. Beispielsweise ist für 2010 ein Musikfestival „Mitte Europa“ länderübergreifend in Bayern, Böhmen und Sachsen geplant. Des Weiteren gibt es in Kooperation mit der Organisation Tandem ein Jugendbildungsprogramm mit Praktika in Deutschland und Tschechien für Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz erhalten haben. Auch Stipendien für Studierende mit Bezug zu deutsch-tschechischen Beziehungen sind vorgesehen. Daneben werden zahlreiche kleine Projekte gefördert.

Durch die Institutionalisierung der nachbarschaftlichen Zusammenarbeit in Form des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds und des Deutsch-Tschechischen Gesprächsforums wurden Plattformen für Kooperation und Dialog geschaffen.

Seit seiner Entstehung 1998 wurden mehr als 5000 deutsch-tschechische Projekte mit insgesamt über 36 Millionen Euro vom Zukunftsfonds gefördert. Tschechien und Deutschland beschlossen im Jahr 2007, den Zukunftsfonds noch weitere zehn Jahre fortzuführen.

Das Deutsch-Tschechische Gesprächsforum ist ebenfalls als Folge der Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung Ende des Jahres 1997 entstanden. Finanziert wird das Gesprächsforum aus den Mitteln des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds,

die wiederum von den beiden Regierungen zur Verfügung gestellt werden. Es wurde zunächst mit einem 20-köpfigen Beirat, der zu gleichen Teilen von der deutschen und tschechischen Regierung ernannt wurde, ausgestattet und hat die Aufgabe, regelmäßige Treffen und eine jährlich stattfindende Konferenz zu organisieren. Seit 2004 hat sich die Form insofern gewandelt, als zudem je ein Vorsitzender von beiden Regierungen benannt wird. Relevante Themen der deutsch-tschechischen Beziehungen, aber auch solche mit Bezug zu den beiden Nachbarländern im Rahmen der Europäischen Union sollen hier diskutiert werden.

EU-MITGLIEDSCHAFT 2004 – CHANCE FÜR ENGE KOOPERATION

Europa ist eine weitere Dimension für die Intensivierung der nachbarschaftlichen Beziehungen. Tschechien trat 2004 der EU bei und schloss damit einen langen Weg der Assoziiierung und Anpassung ab, bei dem das Land auch von Deutschland unterstützt wurde. Waren die neunziger Jahre geprägt von Anfangswirren im nun demokratischen und marktwirtschaftlich orientierten Tschechien, entwickelte sich das Land schnell zum Vorreiter von Reformpolitik und wirtschaftlichem Aufschwung innerhalb der Beitrittskandidaten zur EU in Mittel- und Osteuropa. Wenige Jahre nach dem Beitritt übernahm Tschechien am 1.

2009 übernahm Tschechien erstmals die EU-Ratspräsidentschaft. Der Zeitpunkt war heikel: Die Verfassungskrise drohte die EU in einen institutionellen Konflikt zu stürzen.

Januar 2009 erstmals die EU-Ratspräsidentschaft. Die Bundesregierung, angeführt von Bundeskanzlerin Angela Merkel, sicherte dem Land ihre volle Unterstützung zu. Der Zeitpunkt der Ratspräsidentschaft war heikel:

Die Verfassungskrise drohte die EU in einen institutionellen Konflikt zu stürzen, denn sowohl Irland als auch Tschechien zeigten sich sehr skeptisch im Hinblick auf die Ratifizierung des Lissabonner Vertrags. Die russisch-ukrainische Gaskrise erzwang Diskussionen um die europäische Energie sicherheit. Der neu aufgeflammte Gaza-Konflikt machte eine geschlossene Außenpolitik notwendig. Nicht zuletzt war die globale Finanzkrise eine elementare Bedrohung für die europäischen Staaten. Darüber hinaus war Tschechien mit internen Problemen konfrontiert. Der tschechische Präsident Václav Klaus äußerte sich immer wieder kritisch zur EU und blockierte mit der Verweigerung seiner Unterschrift die Ratifizierung des Lissabonner Vertrags. Zudem

wurde die Regierung von Mirek Topolánek, der den Vorsitz des Rates der Europäischen Union während der tschechischen Ratspräsidentschaft innehatte, infolge eines Misstrauensvotums im März 2009 gestürzt. Topolánek blieb bis Mai interimistisch im Amt, danach übernahm Jan Fischer mit einer Expertenregierung die Regierungsgeschäfte und somit auch die Ratspräsidentschaft.

Trotz der Probleme und turbulenten Ereignisse konnte die Ratspräsidentschaft auf Erfolge verweisen. Die Beratungen der G20 und der Europäischen Finanz- und

Regierungschefs zur Finanzkrise wurden weitergeführt. Zudem wurde die Östliche Partnerschaft der EU, ein Assoziierungsabkommen mit Armenien, Aserbaidschan,

Georgien, der Republik Moldau, der Ukraine und Belarus bei einem Gipfeltreffen in Prag ins Leben gerufen. Gerade an diesem Projekt zur Stabilisierung der östlichen europäischen Nachbarn sowie der Kaukasus-Region hatte auch Deutschland ein starkes Interesse. Für Tschechien ist es eine erneute Möglichkeit, sich als zugehörig zum Westen und zur EU und unabhängig von Russland zu profilieren. Topolánek provozierte bereits zu Beginn der EU-Ratspräsidentschaft: „Für Tschechien ist es besser, die deutsche Kanzlerin zu küssen, als den russischen Bären zu umarmen“, und machte somit die Orientierung an Deutschland noch einmal deutlich. Reihenweise zeigten sich vormalige Europa-skeptische und Deutschland-kritische Politiker in Tschechien zunehmend pragmatischer und lobten die Rückendeckung für ihr Land seitens Angela Merkel – und das gerade in Zeiten, als die eigene Regierung fiel und aus anderen EU-Ländern lautstark Kritik an Tschechien und der tschechischen Ratspräsidentschaft geübt wurde.

Durch solche symbolische Unterstützung, durch die fortschreitende Integration der Tschechischen Republik in die EU und durch die nachbarschaftliche Kooperation mit Deutschland haben sich gute wechselseitige Beziehungen entwickelt. Die Zusammenarbeit findet inzwischen in diversen Themenbereichen, von Umwelt über Lebensmittelverordnungen bis zur Energiefrage, statt und knapp fünf Jahre nach Tschechiens EU-Beitritt gibt es auch erste gemeinsame Projekte im Rahmen der EU. Nachdem dafür nun alle formalen Voraussetzungen geschaffen sind, gilt es, die Kooperation auf EU-Ebene weiter zu stärken.

„Für Tschechien ist es besser, die deutsche Kanzlerin zu küssen, als den russischen Bären zu umarmen.“
(Mirek Topolánek)

TSCHECHIEN ALS WIRTSCHAFTSPARTNER FÜR DEUTSCHLAND AUF GLEICHER AUGENHÖHE MIT JAPAN

Dass hier gemeinsame Interessen vorhanden sind, zeigt die enorme wirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik und Tschechiens. Die Wirtschaftsbeziehungen beider Länder sind in der Tat als exzellent zu bezeichnen. Seit Jahren bewegt sich der Handelsaustausch zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik im Rahmen zwischen 35 bis 50 Milliarden Euro, das ist zum Teil mehr als Deutschland im Handel mit Japan oder Lateinamerika umsetzt. Deutschland gilt als der größte und wichtigste Handelspartner Tschechiens. Die Deutsch-Tschechische Industrie- und Handelskammer (DTIHK) sieht durchaus noch weiteres Potential. Dennoch dürften neue Investoren aus Deutschland aufgrund eines enormen Fachkräftemangels in Tschechien schwer zu finden sein.

Die Tschechische Republik zeigt gerade in der aktuellen Wirtschaftskrise, dass sie nicht zu den Wackelkandidaten in Mittel- und Osteuropa gehört, eine stabile Finanzpolitik

führt und längst kein reines Niedriglohnland

Die tschechische Krone ist zwar gesund, doch mancher Investor überlegt, sein Geld eher im Euroland Slowakei anzulegen.

mehr ist. Nicht zuletzt aufgrund der langen Maschinenbautradition, der Rohstoffe sowie

der geografischen Lage im Herzen Europas entwickelte sich das Land zu einem hochtechnologischen Entwicklungsstandort. Umso wichtiger ist es deshalb für Tschechien, auch weiterhin für ausländische Investoren attraktiv zu bleiben.

Will die Tschechische Republik auch weiterhin mit hervorragenden Wirtschaftszahlen glänzen, muss die Regierung dringend benötigte Reformen einleiten und auch die Einführung des in der Wirtschaft massiv geforderten Euro ernsthaft diskutieren. Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Einheitswährung zunächst auf die lange Bank verschoben.

Obwohl die ehemalige Teilrepublik Slowakei bereits zum 1. Januar 2009 die europäische Einheitswährung eingeführt hat, nannte der scheidende Zentralbankchef Zdeněk Tůma das Jahr 2019 als realistisches Szenario für Tschechien.

Das verärgert vor allem die Wirtschaft. Die tschechische Krone ist im Vergleich zu anderen Währungen in der Region

zwar gesund, doch die starken Wechselkursschwankungen machen Tschechien auch für deutsche Investoren immer unattraktiver. In Zeiten, in denen Transportwege effizient überwunden werden können, überlegt so mancher Investor, sein Geld lieber im Euroland Slowakei anzulegen anstatt Tschechien als Standort zu wählen. Das bekommt die tschechische Wirtschaft immer deutlicher zu spüren und sollte die neue tschechische Regierung zu einer ernsthaften Diskussion über den Euro motivieren. Für die deutsch-tschechische Wirtschaftskooperation wäre das ein wegweisender Schritt, die bereits sehr intensiven Handelsbeziehungen in Zukunft zu festigen und weiter auszubauen.

DEUTSCHLAND UND TSCHECHIEN – ZWEI GESELLSCHAFTEN KOMMEN SICH NÄHER

Doch die beeindruckenden Wirtschaftszahlen sind nicht alles, was die Nachbarschaft Deutschlands und der Tschechischen Republik ausmacht. Neben den bereits erwähnten Projekten Zukunftsfonds und Gesprächsforum wurden während der letzten 18 Jahre unzählige deutsch-tschechische Initiativen auf den Weg gebracht, um die gemeinsame Zukunft zu gestalten und die Schatten der Vergangenheit aufzuarbeiten. Neben der Deutsch-Tschechischen Historikerkommission wurden unzählige Städtepartnerschaften ins Leben gerufen. Zudem entstanden binationale Kooperationen auf Vereinsebene, bei Verbänden und Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) sowie ein reger Schüler- und Studentenaustausch. Sogar an Kindergärten in der Grenzregion werden inzwischen Austauschprogramme durchgeführt, um bereits den Kleinsten die Angst vor dem „fremden“ Nachbarn zu nehmen. Besonders in den Grenzregionen gibt es dafür Musterprojekte der Zusammenarbeit. Ein Beispiel für eine Schule in Deutschland ist das Friedrich-Schiller-Gymnasium in Pirna, wo ein binationaler-bilingualer Bildungsgang angeboten wird. Kooperation von Kindergärten in Tschechien und Deutschland gibt es unter anderem über das Projekt „Von klein auf – Odmalička“. Auf studentischer Ebene bietet die Gemeinschaft für studentischen Austausch in Mittel- und Osteuropa (GFPS) e.V. Stipendiatenprogramme für Sprachkurse und Studienaufenthalte in beiden Ländern an. Weitere herausragende Beispiele für

Unzählige deutsch-tschechische Initiativen wurden auf den Weg gebracht, um die gemeinsame Zukunft zu gestalten. Obwohl derartige Basis-Arbeit von enormer Bedeutung ist, findet sie nur selten Erwähnung in Politik und Medien.

die lebendige zivilgesellschaftliche Kooperation zwischen deutschen und tschechischen Akteuren sind die Brücke/Most-Stiftung, Antikomplex, das Prager Literaturhaus, das deutsch-tschechische Jugendforum, die Ackermann-Gemeinde, das Collegium Bohemicum und Vereinigungen der Sudetendeutschen. All diese Organisationen bemühen sich auf ihre Weise, in den Feldern Kultur, Geschichte und Begegnung gegenseitige Achtung und Völkerverständigung zu fördern. Obwohl eine derartige Basis-Arbeit von enormer Bedeutung für die gemeinsame Zukunft ist, findet sie leider nur selten Erwähnung in Politik und Medien. Doch gerade diese Arbeit ist es, welche die Deutsch-Tschechischen Beziehungen zu etwas Besonderem macht.

In den letzten Jahren hat sich der Kontakt zwischen tschechischen und deutschen Initiativen verstärkt, insbesondere der direkte Kontakt ohne den Umweg über Parlamente oder Regierungen. Die Zusammenarbeit ist dezentralisiert, entpolitisiert und von den staatlichen Hierarchien unabhängiger geworden. Besonders in den „Euregionen“, die grenzübergreifend in Tschechien, Sachsen und Bayern liegen, gibt es eine gute Zusammenarbeit. Ein ganz praktisches Beispiel für die bayrisch-tschechische Kooperation sind die gemeinsamen Grenzkontrollen tschechischer und bayrischer Beamter, die auch vor der Aufnahme in den Schengenraum schon stattfanden, beispielsweise am Grenzpunkt Furth im Wald / Domažlice.

IST DIE MAUER NOCH IN DEN KÖPFEN?

Trotz der Vielzahl an beidseitigen Projekten wird das gegenseitige Bild des Nachbarn in den breiten Gesellschaften aber nach wie vor auch noch von Desinteresse oder Vorurteilen geprägt. In Deutschland mangelt es oft an Neugier, sich mit den östlichen Nachbarn eingehend zu beschäftigen. Für Deutschland erscheint Tschechien als kleines Land ohne ernsthafte Probleme – und ohne ernsthafte politische Schnittpunkte. Die Tschechen werden so in ihrem Selbstbild, aus einem kleinen Land ohne große europapolitische Bedeutung zu stammen, teilweise bestätigt. Dabei ist wenigen bewusst, dass die tschechische Bevölkerung größer ist als z. B. die österreichische und die Landesfläche doppelt so groß wie die niederländische. Aus tschechischer Sicht wiederum wird das Deutschlandbild

bisher eng mit der Vergangenheit verknüpft. Die bekannten Stereotype über Deutsche sind natürlich vorhanden, aber seit dem EU-Beitritt wird die Wahrnehmung mehr und mehr von den realen nachbarschaftlichen Kontakten geprägt.

Doch gerade in der Normalisierung liegt auch eine Gefahr. Je weniger aufsehenerregende Nachrichten es aus dem Nachbarland gibt, desto geringer fällt in Prag das Interesse an Deutschland aus. Eine politische Annäherung hat stattgefunden, ist aber leider hinter den Möglichkeiten geblieben, und heute gibt es nur wenige deutsche und tschechische Politiker, die sich intensiv mit dem jeweiligen Nachbarn beschäftigen. Die heutige Annäherung ist nicht mehr in den Parlamenten zu suchen, sondern im NGO-Sektor und im Kulturbereich, wo Austauschforen, Jugend- und Kulturprojekte den Prozess weiter vorantreiben. Eine normale Nachbarschaftspolitik, die auch in wenig aufregenden Zeiten aufrechterhalten wird, wie beispielsweise die deutsch-polnische oder deutsch-französische, muss erst noch erlernt und erlebt werden.

Eine politische Annäherung hat stattgefunden, ist aber hinter den Möglichkeiten geblieben, und heute gibt es nur wenige deutsche und tschechische Politiker, die sich intensiv mit dem jeweiligen Nachbarn beschäftigen.

In der deutschen Bevölkerung gibt es zwei verschiedene Varianten der Wahrnehmung Tschechiens – eine differenzierte Sicht, wie sie vor allem in den unmittelbar angrenzenden Bundesländern Bayern und Sachsen zu finden ist, und ein undifferenzierteres Klischee der Tschechischen Republik als ehemaliger Ostblockstaat. Während besonders bei der älteren Bevölkerung noch eine Mauer in den Köpfen zu sein scheint, die Deutschland und Tschechien trennt, sind es vor allem junge Leute, die die europäischen Grenzen problemlos überwinden. Die Jugendlichen heute sind in die Situation offener Grenzen und Reisefreiheit hineingewachsen. Viele Studierende nutzen Austauschprogramme wie Erasmus, um in einem anderen Land zu leben und zu lernen. Im Studienjahr 2008/2009 kamen so 349 deutsche Studenten nach Tschechien und 873 tschechische nach Deutschland. Nur 1,4 Prozent der deutschen, aber ganze 16 Prozent der tschechischen Erasmus-Studenten wählen also das jeweilige Nachbarland.

Die Mobilität wird vermutlich in Zukunft weiter steigen, wenn schnelle, günstige Verbindungen das Reisen über die

Grenze vereinfachen und eine Generation heranwächst, für die offene Grenzen und internationale Vernetzung eine Selbstverständlichkeit sind. Durch Aufarbeitung der Geschichte und bilaterale Projekte kann Vertrauen wachsen und Vorurteile können abgebaut werden. So kann die Grundlage für ein gesellschaftliches Annähern gelegt werden. Die Mauer in manchen Köpfen wird dann langsam, aber stetig schwinden.

DIE EUROPÄISCHE UNION ALS ZUKUNFTSCHANCE FÜR DIE DEUTSCH-TSCHECHISCHE KOOPERATION

Europa ist das Stichwort, wenn es um die Zukunft einer engeren, intensiveren Zusammenarbeit Deutschlands und Tschechiens auf politischer Ebene geht. Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 wurden für die institutionelle Zusammenarbeit im Europäischen Parlament und im Rat neue, effizientere Abstimmungsverfahren verabschiedet. Das Europäische Parlament soll nun in vielen Entscheidungsprozessen stärker beteiligt werden und daher nach dem so genannten Mitentscheidungsverfahren dem Rat gleichberechtigt abstimmen können. Im Rat werden künftig weitere Politikbereiche nicht mehr die Einstimmigkeit

Eine Verbesserung der Kooperation auf dem Energiesektor ist dringend erforderlich. Die Tschechische Republik fühlte sich durch die Ostseepipeline von Deutschland und Russland hintergangen.

aller 27 Mitgliedstaaten erfordern, sondern bereits durch eine qualifizierte Mehrheit (ab 2014 nach dem Prinzip der doppelten Mehrheit von Mitgliedstaaten und Bevölkerung) zur Beschlussfassung führen. Für die

tschechische Europapolitik bedeutet dies eine zunehmende Bedeutung der parlamentarischen Fraktionsbildung und die wachsende Notwendigkeit von Verbündeten unter den Mitgliedstaaten. Ein einfaches Veto wird in Zukunft nicht ausreichen, um nationale Anliegen auf europäischer Ebene zur Geltung zu bringen. Eine inhaltliche Schärfung des europapolitischen Profils könnte daher neue Formen der Kooperation eröffnen und zudem tatsächliche europäische Interessen der Tschechischen Republik aufzeigen.

Schnittpunkte für eine mögliche Kooperation mit Deutschland sind z. B. im Bereich der Energie, Forschung und Innovation, Binnenmarkt sowie bei Fragen der Menschenrechte durchaus vorhanden. Eine Verbesserung der Kooperation auf dem Energiesektor ist dringend erforderlich, da diese

Thematik bislang, vor allem aufgrund des von Gerhard Schröder und Vladimir Putin geschlossenen Abkommens zum Bau der Ostseepipeline, wohl eher eine Belastung der Deutsch-Tschechischen Beziehungen darstellt. Die Tschechische Republik fühlte sich durch die Vereinbarung, Gas über den Meeresgrund in die Bundesrepublik zu befördern, von Deutschland und Russland hintergangen. Eine Meinung, die im Übrigen in nahezu allen mittelosteuropäischen Ländern vertreten wurde. Deshalb scheint es umso wichtiger, dass die EU unter deutscher Beteiligung mit der Tschechischen Republik einen gemeinsamen Weg zur Energiesicherung erarbeitet.

Tschechien gilt gemeinhin als innovativer Standort für technologische Entwicklungen, was nicht zuletzt die Automobilindustrie in Tschechien beweist, die weltweit große Erfolge feiert. Aus diesem Grund könnten beispielsweise deutsch-tschechische Forschungs- und Entwicklungskooperationen auf dem Energiesektor ein möglicher Weg zu neuen Kooperationen sein. Die tschechische Regierung betont stets die große Bedeutung technologischer Neuerungen für das Land. Demnach dürfte gemeinsame Forschungsprojekte auf Hightech-Sektoren, z. B. dem Wachstumsmarkt der regenerativen Energien, kaum etwas im Wege stehen. Zwar ist der tschechische Staatspräsident Klaus ein vehementer Kritiker der Thesen rund um die Globale Erwärmung, doch dürfte er Maßnahmen nicht abgeneigt sein, welche die energiepolitische Unabhängigkeit des Landes fördern und zugleich steigende Einnahmen im Staatshaushalt versprechen, zumal dies den Ruf des Landes als hochtechnologischer Innovationsstandort weiter stärken dürfte.

Die tschechische Regierung betont stets die Bedeutung technologischer Neuerungen für das Land. Gemeinsame Forschungsprojekte dürfte nichts im Wege stehen.

Sowohl Tschechien als auch Deutschland verfügen traditionell über hervorragende Wissenschaftler und Forscherteams, von deren Zusammenarbeit beide Länder nachhaltig profitieren können, nicht nur auf dem Energiesektor. Engere Schulterschlüsse zwischen beiden Ländern könnten auch in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens erfolgen, um noch effizienter arbeiten zu können. Auf dem Automobilsektor wird diese Symbiose bereits seit einigen Jahren eindrucksvoll umgesetzt und vorgelebt.

Die Zusammenarbeit der Nachbarländer Deutschland und Tschechien auf der politischen Bühne Europas könnte in den nächsten Jahren im Bereich der Menschenrechte intensiviert werden. Der Kampf um deren Achtung hat in Tschechien, das lange von totalitären Regimes regiert wurde, eine lange Tradition. Hinzu kommt, dass die EU gerade Themen wie die Einhaltung der Menschenrechte und humanitäre Hilfe oftmals zu wenig behandelt.

Um solche Erfolgsgeschichten auch in anderen Bereichen, und gerade innerhalb der Europäischen Union, realistisch zu machen, sollte die neue tschechische Regierung die eigene Positionierung in Europa strategisch reiflich überlegen. Bisher war Tschechien in europapolitischer Hinsicht nicht sonderlich aktiv und konstruktiv. Inzwischen sind mehr als fünf Jahre seit dem EU-Beitritt vergangen und eine entsprechende Expertise für eigene

Themenbezogen auf Partnersuche zu gehen, sollte für die tschechische Regierung nach der langwierigen, theoretischen Lissabon-Grundsatzdebatte nun die Devise sein.

eupopolitische Initiativen sollte aufgebaut sein. Eigene Vorschläge, klare Stellungnahmen und das Präsentieren von möglichen Schnittmengen für die europäischen Partner,

insbesondere die Bundesrepublik, sind entscheidende Eckpunkte, damit das „Pakete schnüren“ auch mit dem bisher zurückhaltenden Partner Tschechien vonstatten gehen kann. Themenbezogen auf Partnersuche zu gehen, sollte für die tschechische Regierung nach der langwierigen, theoretischen Lissabon-Grundsatzdebatte nun die Devise sein. Gerade die Kooperation mit den Nachbarn, mit den Partnern in der eigenen Region sollte für Tschechien und Deutschland in der nahen Zukunft Priorität haben. Hier herrschen ähnliche Interessen, hier sind kulturell bedingte Schnittpunkte in Lebens- und Denkweise. In wirtschaftlicher Hinsicht haben Deutschland und Tschechien bereits Großes erreicht. In den genannten Themenbereichen Umwelt, Forschung und Bildung wären ebenso Möglichkeiten für gemeinsame Positionen in der EU vorhanden.

FAZIT UND AUSBLICK NACH DEN PARLAMENTSWAHLEN VOM MAI 2010

„Noch nie waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Tschechien so gut wie heute.“ Dies ist ein Satz, der sehr häufig im Zusammenhang mit der gegenseitigen Nachbarschaft genannt wird. Und in der Tat ist diese Aussage in jeder Hinsicht korrekt. Die Beziehungen beider Länder waren trotz vieler Schatten aus der Vergangenheit noch nie so gut wie heute: Gemeinsame Verträge haben den Status und die Beziehungen beider Länder auf eine rechtliche Ebene gebracht. Viele Organisationen, Projekte und Akteure tragen tagtäglich einen weiteren Teil zum Zusammenwachsen beider Länder bei, weit weg von Fragen der Vergangenheit oder der Politik. Die Jugend drückt in wegweisenden Gemeinschaftsprojekten in den Grenzregionen gemeinsam die Schulbank und lernt die jeweilige Sprache des Nachbarn – und das kostet ange-sichts der bekannten Schwierigkeit der tschechischen und auch der deutschen Sprache viel Kraft und Konzen-tration. Die wirtschaftliche Verflechtung hat innerhalb von zwanzig Jahren Dimensionen erreicht, die mancher westliche Partner der Bundesrepublik in fünf Jahrzehnten nicht aufbauen konnte. Und dabei geht es nicht nur um bekannte Großprojekte in der Automobilindustrie. Es sind die kleinen und mittelständischen Unternehmer, die beiderseits der Grenze dafür sorgen, dass auch in einer globalen Wirtschafts- und Finanzkrise der gegenseitige Handel auf stabilen Füßen steht. Erfolgsgeschichten gibt es also genug!

Die „Normalisierung des Verhältnisses“, also die gegenseitige Wahrnehmung als Partner auf gleicher Augenhöhe hat auch eine gewisse „De-Emotionalisierung“ der Beziehungen mit sich gebracht.

Doch könnten die Beziehungen noch besser sein. Denn die „Normalisierung des Verhältnisses“, also die gegenseitige Wahrnehmung als Partner auf gleicher Augenhöhe anstelle von Stereotypen und Vorurteilen, hat auch eine gewisse „De-Emotionalisierung“ der Beziehungen mit sich gebracht. Das ist zwar gerade in Fragen der Vergangenheitsbewältigung zu begrüßen, doch scheint es in der Politik hier und da an Herz und Entschlossenheit zu mangeln, die Partnerschaft auf eine neue, positiv-emotionale Ebene zu heben. Vielleicht könnte der angekündigte Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer im Herbst 2010 unter Teilnahme sudetendeutscher Vertreter ein weiterer

Schritt sein, die Beziehungen auf eine neue Ebene zu heben. Das wäre immerhin der erste offizielle Besuch eines bayerischen Ministerpräsidenten im Nachbarland. Wichtig in diesem Zusammenhang ist auf tschechischer Seite eine stabile Regierung, die sich nicht wie in den letzten Jahren auf eine Mehrheit von nur ein oder zwei Abgeordneten stützt und damit immer der Gefahr von Instabilität und Beeinflussbarkeit unterliegt.

Die Ergebnisse der Wahlen zum Abgeordnetenhaus vom Mai 2010 haben zumindest diesbezüglich für Klarheit gesorgt. Nach großer Instabilität der Vorgängerregierung von Premierminister Mirek Topolánek ist nun mit größerer

Stabilität der neu gewählten Mitte-Rechts-

Auswirkungen, zumal negative, auf die bilaterale Deutsch-Tschechische Nachbarschaftspolitik dürfte das Wahlergebnis vom Mai 2010 nicht haben.

Koalition zu rechnen. Auswirkungen, zumal negative, auf die bilaterale Deutsch-Tschechische Nachbarschaftspolitik dürfte das Wahlergebnis vom Mai 2010 nicht haben.

So wurde während der tschechischen Ratspräidentschaft 2009 gerade von den teilweise eher deutschskeptischen konservativen Kreisen sehr positiv die deutsche Rolle und die Unterstützung Tschechiens durch Bundeskanzlerin Merkel registriert. Sollte jedoch die neue tschechische Regierung eines Tages zuhause auch unter Druck geraten, wie zuletzt die ODS-geführte Regierung Topolánek im Frühjahr 2009, könnte die politische Agendasetzung leiden. Und gerade klarer, politischer Signale bedarf es, um die gemeinsamen deutsch-tschechischen Beziehungen auf dem Weg der Entkämpfung und positiven Gestaltung weiterzuführen.

Die bis heute geschaffenen, funktionierenden Mechanismen für eine aktive Gestaltung der Zusammenarbeit beiderseits der Grenzen und die vielfältigen Beispiele für eine fruchtbare Kooperation sollten auch in Zukunft Vorbild genug für die Politik sein, mehr Herzlichkeit, Offenheit und Vertrauen einzubringen, um innerhalb Europas neue, gemeinsame Wege zu beschreiten und dabei alte Vorurteile beiseite zu lassen. Das gelang Deutschland bereits mit anderen Nachbarn, deren Deutschlandbild zu jener Zeit deutlich belasteter war als es heute in Tschechien der Fall ist. Warum also nicht auch etwas mehr Herz für die deutsch-tschechische Freundschaft zeigen?

Für geführte Gespräche, Informationen und Anregungen zur Erstellung des Textes über die Beziehungen zur Tschechischen Republik danken die Verfasser:

- Msgr. Dominik Duka OP, Erzbischof von Prag
- Dr. Lucie Černohousová, Institutsleiterin Prager Literaturhaus, Prag
- Dr. Vladimír Handl, Institut für Internationale Beziehungen IIR, Prag
- Sebastian Holtgrewe, Leiter Unternehmenskommunikation, Deutsch-Tschechische Industrie- und Handelskammer Prag
- Ondřej Matějka, Direktor, Antikomplex Prag
- Msgr. Anton Otte, Ackermann Gemeinde Prag
- Gerald Schubert, Chefredakteur, *Radio Prag*, Auslandssender des tschechischen Rundfunks
- Erik Tabery, Chefredakteur, Wochensmagazin *Respekt*, Prag
- Dr. Volker Weichsel, Redakteur, Zeitschrift *Osteuropa*, Berlin

2. DIE BEZIEHUNGEN ZUR SLOWAKEI

Auch die deutsch-slowakischen Beziehungen sind freundlich¹, auch sie verlaufen jedoch überwiegend unauffällig und geräuschlos. Dies ist sicherlich auch der Tatsache geschuldet, dass das bilaterale Verhältnis nicht von historischen Konflikten überschattet wird. Inwieweit man jedoch, wie der slowakische Historiker und Politologe Pavol Lukáč, vom „Fehlen einer Gemeinschaft“² sprechen kann, bleibt zu klären. Seit der Teilung der ehemaligen Tschechischen und

Slowakischen Föderativen Republik (ČSFR)

1993 war Deutschland unter den ersten Staaten, die die Unabhängigkeit der Slowakei anerkannten. Bereits am ersten Tag der Selbständigkeit war die Deutsche Botschaft in Bratislava vertreten.

1993 waren sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die Slowakische Republik von Anfang an am Aufbau guter Beziehungen interessiert. So hob etwa Bundespräsident Johannes Rau beim Besuch seines

Amtskollegen Rudolf Schuster im Jahre 1999 hervor, dass er die Slowakei noch immer als Nachbarland Deutschlands sieht. Auch Außenminister Guido Westerwelle und der slowakische Außenminister Miroslav Lajčák betonten im Februar 2010, dass Deutschland und die Slowakei zwar über keine geografische Grenze verfügen, sich jedoch als Nachbarn im Geiste sehen.

POLITISCHE BEZIEHUNGEN

Im Februar 1992 schlossen die Bundesrepublik Deutschland und die ČSFR einen Vertrag „über gute Nachbarschaft und Freundschaftliche Zusammenarbeit“. Darin wurden unter anderem gegenseitige Gebietsansprüche ausgeschlossen, der bestehende Grenzverlauf bestätigt, die Rechte der jeweiligen Minderheiten definiert sowie die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in der ČSFR durch die Bundesrepublik Deutschland zugesagt.³ Dieser Vertrag, der von der Slowakischen Republik als ein Nachfolgestaat der ČSFR anerkannt wurde, bildet bis heute die Grundlage der deutsch-slowakischen Beziehungen.

1 | Vgl. <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Slowakei/Bilateral.html> [15.06.2010].

2 | Pavol Lukáč, *Dejiny a zahraničná politika v strednej Európe* (Bratislava: 2004), 106.

3 | Vgl. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und Freundschaftliche Zusammenarbeit, <http://www.glasnost.de/db/DokAus/92csfr.html> [16.06.2010].

1993 war Deutschland unter den ersten Staaten, die die Unabhängigkeit der Slowakei anerkannten. Bereits am ersten Tag der Selbständigkeit war die Deutsche Botschaft in Bratislava vertreten. Generell kam die deutsche Unterstützung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation in Mittelosteuropa⁴ auch der Slowakei zugute. Während der Regierungszeit von Ministerpräsident Vladimír Mečiar sind die deutsch-slowakischen Beziehungen jedoch bis zu seiner Abwahl

1998 vorübergehend abgekühlt. Bundeskanzler Helmut Kohl gefiel Vladimír Mečiar und sein mitunter fast autoritärer Regierungsstil nicht. Verschiedene Versuche des slowakischen Außenministeriums, ein Treffen

Während der Angriff der USA auf den Irak im Frühjahr 2003 von der deutschen Seite sehr kritisch gesehen wurde, unterstützte die Slowakei die amerikanische Haltung.

zwischen Helmut Kohl und Vladimír Mečiar zu arrangieren, wurden mit Verweis auf den ausgefüllten Terminkalender des Bundeskanzlers abgewiesen. Umgekehrt verzögerte die Slowakische Regierung bis 1995 die Anerkennung der offiziellen Bezeichnung Deutschlands als Bundesrepublik Deutschland (*Spolkova republika Nemecko*) und griff auf die während des Kalten Krieges verwendete Bezeichnung Deutsche Bundesrepublik (*Nemecka spolkova republika*) zurück.⁵ Helmut Kohl stattete der Slowakischen Republik dann erst im Juni 2007 anlässlich der Verleihung des Internationalen Adalbert-Preises an den früheren polnischen Außenminister Władysław Bartoszewski einen Besuch ab.

Mit dem Amtsantritt von Mikuláš Dzurinda 1998 verbesserten sich die deutsch-slowakischen Beziehungen merklich. Gerhard Schröder folgte im Oktober 2000 der Einladung des slowakischen Ministerpräsidenten und besuchte als erster deutscher Bundeskanzler die Slowakische Republik. Nach dem Gespräch der beiden Regierungschefs hob Ministerpräsident Dzurinda die guten deutsch-slowakischen Wirtschaftsbeziehungen hervor und bekräftigte seinen Wunsch nach einem baldigen EU-Beitritt der Slowakei. Gerhard Schröder wiederum würdigte die wirtschaftlichen Reformen der Regierung Dzurinda und betonte, dass Deutschland die Slowakei in ihrem Bestreben nach einem

4 | Vgl. Josefine Wallat, „Alte Lasten, neue Chancen. Deutschlands Blick auf Visegrád“, in: *Osteuropa*, 10 (2006), 78.

5 | Vgl. Stephen D. Collins, *German policy-making and eastern enlargement of the EU during the Kohl era. Managing the agenda?* (Manchester: Manchester University Press, 2002), 130 f.

raschen Beitritt zur EU unterstützen werde. Insgesamt reiste Bundeskanzler Schröder zwei Mal in die Slowakische Republik, Mikuláš Dzurinda stattete der Bundesrepublik Deutschland in seinen beiden Amtszeiten zehn Besuche ab.⁶ Meinungsverschiedenheiten bestanden während dieser Phase hauptsächlich im Hinblick auf den Irak-Konflikt sowie aufgrund der Steuerreform der zweiten Regierung Dzurinda. Bezuglich des Irak-Konfliktes vertraten Deutschland und die Slowakei entgegengesetzte Positionen: Während der Angriff der USA auf den Irak im Frühjahr 2003 von der deutschen Seite sehr kritisch gesehen wurde, unterstützte die Slowakei die amerikanische Haltung.⁷ Der 2004 eingeführte slowakische Einheitssteuersatz von 19 Prozent wurde von Gerhard Schröder als „Steuerdumping“ betitelt. Dies hätte die Steuerflucht von Unternehmen sowie den Abbau von Arbeitsplätzen in den

Den freundschaftlichen Beziehungen haben alle politischen Differenzen keinen Abbruch getan, betonten beide Regierungschefs. Die mutigen slowakischen Reformen hob Merkel hervor.

westeuropäischen Staaten zur Folge.⁸ Den guten wirtschaftlichen Kontakten und den sehr freundschaftlichen deutsch-slowakischen Beziehungen haben diese Differenzen keinen Abbruch getan, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda im Mai 2006 in Bratislava betonten. Dabei hob die Bundeskanzlerin ausdrücklich die mutigen Reformen der Regierung Dzurinda hervor.⁹

Robert Fico, slowakischer Ministerpräsident von 2006 bis Juli 2010, traf sich ebenfalls einige Male mit Bundeskanzlerin Angela Merkel in Deutschland. Hierbei wurden stets die guten Beziehungen betont. Auch nach den slowakischen Parlamentswahlen vom 12. Juni, aus denen Iveta Radičová als Siegerin hervorging, ist davon auszugehen, dass das Interesse an der Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen Bestand haben wird.

6 | Gespräch mit Agáta Pešková, Konrad-Adenauer-Stiftung Bratislava, 02.06.2010.

7 | Vgl. Josefine Wallat, „Alte Lasten, neue Chancen. Deutschlands Blick auf Visegrád“, in: *Osteuropa*, 10 (2006), 81.

8 | Vgl. Stefan Gehrold und Daniel Wolf, „Wirtschaftswunder Slowakei. Musterknabe oder neuer Bösewicht in der Europäischen Union?“, in: *KAS-Auslandsinformationen* 11/2005, 63.

9 | Vgl. Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Pressburg, „Pressebegegnung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und dem Ministerpräsidenten der Slowakischen Republik Ing. Mikuláš Dzurinda“ (2006), http://pressburg.diplo.de/Vertretung/pressburg/de/03/Bilaterale__Beziehungen/seite_pressekonferenz__bk_27in__dzurinda.html [17.06.2010].

Betrachtet man die gegenseitigen Besuche der Staatsoberhäupter, Regierungschefs und Außenminister seit 1993, fällt auf, dass die Besuche von slowakischer Seite in Deutschland bei Weitem überwiegen. Seit dem EU-Beitritt der Slowakei sind diese Besuche in Deutschland jedoch rückläufig¹⁰, was daran liegen könnte, dass es nun im Rahmen der EU zu regelmäßigen Treffen der Regierungschefs und Außenminister kommt.

Die politischen Kontakte spielen sich jedoch nicht nur auf der höchsten staatlichen Ebene ab, auch die einzelnen Ministerien, der deutsche Bundestag und die deutschen Bundesländer gestalten die Beziehungen mit: Zahlreiche Mitglieder des Deutschen Bundestages, Regierungsmitglieder wie Franz-Josef Jung, Manfred Stolpe oder Renate Künast sowie einige Ministerpräsidenten, darunter Christian Wulff, Georg Milbradt, Matthias Platzeck und Roland Koch, besuchten die Slowakischen Republik in den vergangenen Jahren während ihrer Amtszeit. Im Bundestag ist zudem eine Deutsch-Slowakische Parlamentariergruppe aktiv, die sich um einen intensiven Austausch zwischen den Parlamenten bemüht. Von slowakischer Seite reisten ebenfalls verschiedene Minister zu offiziellen Besuchen nach Deutschland, wie etwa Ivan Mikloš in seiner damaligen Funktion als Finanzminister oder Robert Kaliňák, Innenminister der Slowakischen Republik.¹¹

Die Zusammenarbeit slowakischer und deutscher Behörden wird nachfolgend exemplarisch am Beispiel des slowakischen Instituts des Nationalen Gedenkens (Ústav pamäti národa – UPN) nachgezeichnet: Die Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) und das UPN unterzeichneten eine Erklärung zur gegenseitigen Unterstützung. Danach fördert die BStU Konferenzen des UPN teilweise durch finanzielle Zuwendungen oder Referenten. So erhielt das UPN etwa für

10 | Vgl. Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Pressburg, „Gegenseitige Besuche der Staatsoberhäupter, Regierungschefs und Außenminister seit 1999“, http://pressburg.diplo.de/Vertretung/pressburg/de/03/Bilaterale__Beziehungen/seite_gegenseitige__besuche__seit__1999.html [18.06.2010].

11 | Gespräch mit Agáta Pešková, Konrad-Adenauer-Stiftung Bratislava, 02.06.2010.

eine Konferenz zum sowjetischen Geheimdienst KGB im Jahre 2008 eine finanzielle Unterstützung seitens der BStU. Zudem wurde einem leitenden Mitarbeiter des UPN ein mehrmonatiges Praktikum in der deutschen Behörde ermöglicht.¹²

Ein weiteres Bindeglied zwischen Deutschland und der Slowakei stellen die heute noch etwa 5.000 Karpatendeutschen dar, die sich bei der Volkszählung in

Ein Bindeglied zwischen Deutschland und der Slowakei stellen die 5.000 Karpatendeutschen dar. Die Karpatendeutschen wurden von der Slowakischen Republik als eine von 13 Minderheiten offiziell anerkannt.

der Slowakischen Republik im Jahre 2001 zur deutschen Nationalität bekannten. Im Karpatendeutschen Verein (KDV), der die deutsche Minderheit auf slowakischem Gebiet repräsentiert, geht man jedoch davon aus, dass

etwa doppelt so viele Deutsche in der Slowakei leben. Die Karpatendeutschen wurden von der Slowakischen Republik als eine von insgesamt 13 Minderheiten offiziell anerkannt. Außer mit Ján Slota, dem für seine nationalistischen Ansichten bekannten Leiter der Slowakischen Nationalpartei (Slovenská národná strana – SNS), hatten die Karpatendeutschen seit der Gründung der Slowakischen Republik bislang keine Probleme mit politischen Vertretern.

Insbesondere mit den slowakischen Staatspräsidenten Rudolf Schuster (1999–2004) und Ivan Gašparovič (2004 bis heute) war und ist die Zusammenarbeit hervorragend. Auch die Beziehungen zu den anderen Minderheiten in der Slowakischen Republik werden als gut bezeichnet. Das Museum der Kultur der Karpatendeutschen in Bratislava ist Bestandteil des Slowakischen Nationalmuseums und wird zu etwa 99 Prozent vom slowakischen Kulturministerium finanziert. Von dort werden auch weitere finanzielle Mittel für ausgewählte Projekte des Vereins bereitgestellt. Auch die deutsche Seite beteiligt sich an der Finanzierung der Karpatendeutschen Minderheit: Das Innenministerium gewährt Zuschüsse, verschiedene Vereine und Stiftungen wie etwa die Karpatendeutsche Landsmannschaft Slowakei e.V. mit Sitz in Stuttgart oder die Hermann Niermann-Stiftung aus Düsseldorf fördern die Karpatendeutschen finanziell und organisatorisch.¹³

12 | Gespräch mit Marta Košíková, Ústav pamäti národa (UPN), 26.05.2010.

13 | Gespräch mit Ondrej Pöss, Karpatendeutscher Verein, 08.06.2010.

DEUTSCHLAND UND DIE SLOWAKEI IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Im Juni 1995 bewarb sich die Slowakische Republik um eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Der Beschluss seitens der EU zum Beginn direkter Beitrittsgespräche erfolgte jedoch erst auf dem Gipfel des Europäischen Rats im Dezember 1999 in Helsinki.¹⁴ Während der Regierungszeit Vladimír Mečiars wären

direkte Beitrittsverhandlungen kaum vorstellbar gewesen. So hatte sich die EU unter anderem im Oktober 1995 tief besorgt über die politischen und institutionellen Spannungen innerhalb der Slowakischen

Noch bis zum 30. April 2011 ist für slowakische Staatsangehörige der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt eingeschränkt und bedarf einer „Arbeitsgenehmigung-EU“ der Bundesagentur für Arbeit.

Republik gezeigt.¹⁵ Die 1998 gewählte Regierung Dzurinda trat mit verschiedenen Reformen den negativen Entwicklungen entgegen und bemühte sich um die Verankerung des Landes in der westlichen Staatengemeinschaft. Dabei wurde sie auch von Deutschland unterstützt, das sich für den EU- und NATO-Beitritt der Slowakischen Republik einsetzte.¹⁶ Im Zuge der Beitrittsverhandlungen drängte die Regierung Schröder jedoch erfolgreich darauf, die Stilllegung des slowakischen Kernkraftwerks V1 in Jaslovské Bohunice als Beitrittsbedingung in die Verträge aufzunehmen.¹⁷ Ein weiterer deutsch-slowakischer Konflikt-punkt betraf die Übergangsfristen für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer: Noch bis zum 30. April 2011 ist für slowakische Staatsangehörige der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt eingeschränkt und bedarf einer „Arbeitsgenehmigung-EU“ der Bundesagentur für Arbeit.¹⁸ Mit dem slowakischen Beitritt zur NATO und zur EU im Jahre 2004 erreichte das Verhältnis zwischen Deutschland und der Slowakei eine neue Qualität: Das Land war vom „Bittsteller“

14 | Gespräch mit Agáta Pešková, Konrad-Adenauer-Stiftung Bratislava, 02.06.2010.

15 | Europäische Kommission, „Agenda 2000 – Commission. Opinion on Slovakia’s Application for Membership of the European Union“ (1997), 16 ff.

16 | Kai-Olaf Lang, „Anatomie einer Zurückhaltung. Deutschland und die Visegrád-Gruppe.“, in: *Osteuropa*, 10 (2006), 5.

17 | Vgl. Verordnung (Euratom) Nr. 549/2007 des Rates vom 14.05.2007.

18 | Vgl. EURES, „Freizügigkeit: Deutschland“, <http://ec.europa.eu/eures/main.jsp?acro=free&lang=de&countryId=DE&fromCountryId=SK&accessing=0&content=1&restrictions=1&step=2> [24.06.2010].

zum „Partner“ Deutschlands aufgestiegen.¹⁹ Doch auch innerhalb der EU bleibt Deutschland als eines der bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich stärksten Länder wichtig für die Slowakei.²⁰ Umgekehrt setzte sich die Bundesrepublik weiterhin für slowakische Belange ein, wie der slowakische Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda

beim Besuch Angelas Merkels 2006 in Bratislava hervorhob.

Er dankte Frau Merkel bei dieser Gelegenheit für ihren großen Beitrag zur Verabschiedung der finanziellen Vorausschau 2007-2013, die vor allem für die neuen EU-Mitgliedsländer von hoher Bedeutung gewesen sei.²¹

Deutsch-slowakische Meinungsverschiedenheiten innerhalb der EU herrschten vor allem hinsichtlich einer möglichen EU-weiten Abstimmung der Steuersätze, der fortdauernden Beschränkung der Freizügigkeit slowakischer Arbeitskräfte auf dem deutschen Arbeitsmarkt sowie bezüglich der genauen Einhaltung der Maastricht-Kriterien.²² Mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages am 1. Dezember 2009 muss auch Deutschland nun im Rat in etlichen Politikbereichen Mehrheiten für die eigene Position organisieren und könnte künftig auch auf die slowakische Unterstützung angewiesen sein.

WIRTSCHAFTLICHE VERNETZUNG

Mit der Selbstständigkeit 1993 übernahm die Slowakische Republik auch die Verantwortung für den Umbau des ehemals zentral gesteuerten Wirtschaftssystems hin zu marktwirtschaftlichen Strukturen. Der Fokus lag hierbei vor allem auf der Privatisierung von Staatsunternehmen, der Liberalisierung der Preise und des Außenhandels sowie der Ermöglichung ausländischer Direktinvestitionen.²³ Nach der Überwindung anfänglicher Schwierigkeiten begann die slowakische Wirtschaft rapide zu wachsen. Im Zuge dessen gewann auch der Handel mit Deutschland an Fahrt: Die slowakischen Exporte in die Bundesrepublik stiegen kontinuierlich von 762 Millionen Euro 1993 auf 8.962 Millionen

19 | Vgl. Josefine Wallat, (2006), 78.

20 | Vgl. Vladimir Bilčík und Juraj Buzalka, „Die nicht-existente Gemeinschaft. Die Slowakei und Deutschland in der EU“, in: *Osteuropa*, 10 (2006), 65.

21 | Vgl. Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Pressburg (2006).

22 | Vgl. Vladimir Bilčík und Juraj Buzalka (2006), 68.

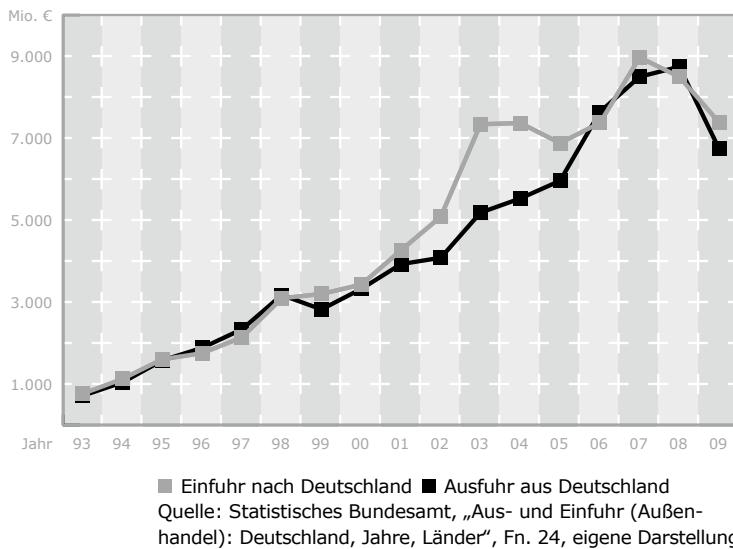
23 | Vgl. Stefan Gehrold und Daniel Wolf (2005), 64.

Mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages muss auch Deutschland Mehrheiten für die eigene Position organisieren und könnte künftig auf die slowakische Unterstützung angewiesen sein.

Euro 2007. Lediglich in den Jahren 2008 und 2009 war infolge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise ein Rückgang zu verzeichnen. Der Handel boomte auch in umgekehrter Richtung: 1993 importierte die Slowakei deutsche Güter im Wert von 717 Millionen Euro, bis 2008 hatten sich die Importe auf insgesamt 8.739 Millionen Euro mehr als verzehnfacht.²⁴ Obwohl hier 2009 ebenfalls ein Rückgang zu vermerken ist, war Deutschland auch in diesem Jahr wieder der größte Handelspartner der slowakischen Republik: Der Anteil deutscher Güter an den slowakischen Importen betrug 25 Prozent, umgekehrt bezog die Bundesrepublik insgesamt 23,4 Prozent der slowakischen Exporte. Die wichtigsten slowakischen Exportgüter für den deutschen Markt sind Verkehrsmittel, chemische Erzeugnisse, Maschinen und Anlagen.²⁵ Die Bedeutung der Slowakei für den deutschen Außenhandel ist hingegen wesentlich geringer: Im Jahr 2009 wurden 0,83 Prozent der deutschen Exporte in die Slowakei geliefert, damit belegt das Land beim Außenhandel den 23. Platz.²⁶

Abb. 1

Handel zwischen Deutschland und der Slowakei von 1993 bis 2009



Quelle: Statistisches Bundesamt, „Aus- und Einfuhr (Außenhandel): Deutschland, Jahre, Länder“, Fn. 24, eigene Darstellung

24 | Vgl. Statistisches Bundesamt, „Aus- und Einfuhr (Außenhandel): Deutschland, Jahre, Länder“, <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> [09.06.2010].

25 | Vgl. Auswärtiges Amt, „Slowakei. Wirtschaft“, <http://auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Slowakei/Wirtschaft.html> [09.06.2010].

26 | Vgl. Statistisches Bundesamt, a.a.O.

Seit Bestehen der Slowakischen Republik wird die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Länder gefördert: Noch im Jahre 1993 wurde eine Repräsentanz der deutschen Wirtschaft in Bratislava eröffnet, diese wurde jedoch bis zur Gründung einer eigenständigen Deutsch-Slowakischen Industrie- und Handelskammer (DSIHK) im Jahre 2005 von Prag aus geleitet. Die DSIHK sieht sich als Forum für deutsche und slowakische Unternehmen und konzentriert sich auf den Aufbau von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und der Slowakei. Etwa 20 Prozent ihrer Dienstleistungen werden von slowakischen Firmen in Anspruch genommen, die sich den deutschen Markt erschließen möchten. Ungefähr 80 Prozent der Leistungen werden von deutschen Unternehmen nachgefragt. Auch die Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Wirtschaftsvereinigung hat sich die „umfassende Förderung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen deutschen, tschechischen und slowakischen Unternehmen, Institutionen und Kommunen“ zum Ziel gesetzt.²⁷ Zudem werden ausländische Investoren in Deutschland von der Germany Trade & Invest Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH und in der Slowakei von der Agentur für Investition und Handelsentwicklung (SARIO) unterstützt.

Deutsche Investitionen auf slowakischem Gebiet erfolgten im Wesentlichen in zwei Wellen: Zu Beginn der neunziger Jahre nutzten viele deutsche Unternehmen die Gelegenheit zur Beteiligung an verschiedenen Privatisierungen und betrachteten die Slowakei als verlängerte Werkbank. Maschinelle Vorleistungen wurden in Deutschland belassen und nur arbeitsintensive Tätigkeiten in die Slowakei verlagert. Nach deren Abschluss wurde das Produkt wieder nach Deutschland reexportiert.

Vor allem im Bereich der Automobilzulieferindustrie haben sich viele deutsche Betriebe auf slowakischem Gebiet angesiedelt. Zunehmend wurde die Slowakei auch als Absatzmarkt erkannt.

Ab der Jahrtausendwende erfolgten unter anderem Privatisierungen in den Bereichen Energiewirtschaft und Telekommunikation, bei denen deutsche Energieversorger sowie die Deutsche Telekom massiv investierten. Mittlerweile war die Slowakei zwar als verlängerte Werkbank zu teuer geworden, jedoch hatte sich die industrielle Struktur

27 | Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Wirtschaftsvereinigung, http://www.dtsw.de/deutsch/dtsw_ziele.html [16.06.2010].

durch die Investitionen der neunziger Jahre gefestigt und das Land wurde als vollwertiger Unternehmensstandort wahrgenommen. Vor allem im Bereich der Automobilzulieferindustrie haben sich viele deutsche Betriebe auf slowakischem Gebiet angesiedelt. Zunehmend wurde die Slowakei auch als Absatzmarkt erkannt, was sich in der Präsenz großer deutscher Handelsketten wie Kaufland, dm oder Hornbach widerspiegelt.

Heute sind über 400 deutsche Unternehmen in der Slowakei tätig, darunter auch große Firmen wie Volkswagen, Bosch, E.ON oder Siemens. Mehrheitlich handelt es sich jedoch um kleine- und mittelständische Betriebe. Insgesamt investierten deutsche Unternehmen bislang etwa 3,5 Milliarden Euro, die Schwerpunkte lagen dabei vor allem in den Bereichen Automobilbau, Maschinenbau und Elektrotechnik. Die Unternehmen der deutschen Investoren beschäftigen etwa 80.000 Mitarbeiter.²⁸

GESELLSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT

Am 28. Mai 1998 trat das im Mai 1997 unterzeichnete deutsch-slowakische Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit in Kraft. Dieses Abkommen zielt darauf, die gegenseitigen Kenntnisse über die deutsche und die slowakische Kultur zu verbessern, und stellt die kulturelle Zusammenarbeit der beiden Länder auf ein rechtliches Fundament. In Bratislava koordiniert das

Goethe-Institut als Partner des Auswärtigen Amtes verschiedene Tätigkeiten im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Zu den wichtigsten Arbeitsgebieten des Institutes zählt dabei die Förderung der deutschen Sprache im Bildungssystem des Gastlandes. Dazu werden unter anderem Unterrichtsmaterialien erstellt sowie Programme für Schüler und Lehrer durchgeführt. Seit dem Jahr 2008 wird im slowakischen Schulsystem das frühe Erlernen von Fremdsprachen besonders gefördert. Um hierfür genügend Deutschlehrer bereitzustellen, bietet das Goethe-Institut verstärkt Fortbildungen für Lehrer an. Dabei arbeitet man eng mit der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA)

Momentan belegt Deutsch in der Rangfolge der erlernten Fremdsprachen in der Slowakei nach Englisch den zweiten Platz.

28 | Vgl. Gespräch mit Markus Halt, Deutsch-Slowakische Industrie- und Handelskammer, 19.05.2010.

zusammen.²⁹ Die ZfA betreut in der Slowakei unter anderem die Deutsch-Slowakische Begegnungsschule in Bratislava, ein Gymnasium in Poprad, das sowohl das deutsche als auch das slowakische Abitur anbietet, sowie 26 Sprachdiplomschulen.³⁰ Momentan belegt Deutsch in der Rangfolge der erlernten Fremdsprachen in der Slowakei nach Englisch den zweiten Platz. Insgesamt lernten im Schuljahr 2009/2010 knapp 268.000 Schüler und Studenten die deutsche Sprache.³¹

Das deutsche Interesse an der Slowakei und ihrer Sprache und Kultur ist hingegen weniger stark ausgeprägt. So sind Ost- und Mitteleuropa-Studien im literaturwissenschaftlichen, ethnologischen und geisteswissenschaftlichen Bereich beispielsweise wesentlich besser besucht als rein deutsch-slowakische Studiengänge. Dies wird auf die geringe Landesgröße der Slowakei zurückgeführt, aber auch auf das Fehlen von Institutionen, die sich für die deutsch-slowakischen Beziehungen einsetzen. Zudem fällt der Bereich der Slowakistik an deutschen Universitäten mehr und mehr dem Sparzwang zum Opfer. Die Beziehungen zwischen den einzelnen deutschen und slowakischen Instituten für Slowakistik sind jedoch gut. So arbeiten etwa die Comenius-Universität in Bratislava und die Humboldt-Universität zu Berlin gemeinsam an einem Projekt zur Zwischenkriegsliteratur. Am Collegium Carolinum in München befassen sich wissenschaftliche Experten aus aller Welt mit der Geschichte und Gegenwart der Tschechischen und der Slowakischen Republik. Der wissenschaftliche Austausch zwischen der Slowakei und Deutschland wird zudem durch die Alexander-von-Humboldt-Stiftung und den Deutschen Akademischen Austauschdienst gefördert.³²

Sehr gut funktionieren die deutsch-slowakischen Beziehungen im Bereich der Städtepartnerschaften. Außer Nitra,

29 | Vgl. Gespräch mit Wolfgang Franz, Goethe-Institut Bratislava, 10.06.2010.

30 | Vgl. Zentralstelle für das Auslandsschulwesen, „Das DSD II-Programm in der Slowakei“, http://auslandsschulwesen.de/n_1674788/Auslandsschulwesen/DASAN/Fachberater/Europa/Bratislava/DSD/node.html?__nnn=true [22.06.2010].

31 | Gespräch mit Wolfgang Franz, Goethe-Institut Bratislava, 10.06.2010.

32 | Gespräch mit Prof. Dr. Peter Zajac, Institut für Slawistik der Humboldt-Universität zu Berlin, 15.06.2010.

Žilina und Trenčín verfügen alle großen slowakischen Städte über eine Partnerschaft mit einer deutschen Stadt. So unterhält die Stadt Bratislava Städtepartnerschaften mit Bremen, Karlsruhe, Ulm und Regensburg. Košice, die zweitgrößte Stadt, hat enge Beziehungen zu Wuppertal und Cottbus, Banská Bystrica ist mit Halberstadt verbunden, Prešov mit Remscheid.

Sehr gut funktionieren die deutsch-slowakischen Beziehungen im Bereich der Städtepartnerschaften.

Auch die religiösen Beziehungen sind sehr gut. Seit seinem Bestehen unterstützt das 1993 von der römisch-katholischen Kirche gegründete Hilfswerk Renovabis die Menschen in der Slowakei. Die Unterstützung erfolgt sowohl projektbezogen als auch mittels der Förderung des Austauschs zwischen Ost und West. Der Fokus der Projekte liegt oft im sozialen Bereich. Renovabis förderte etwa den Bau eines Hospizes in Nitra und verschiedene Projekte für betreutes Wohnen. Weitere Tätigkeitsschwerpunkte sind die soziale und pastorale Integration der Minderheit der Roma sowie die Förderung des Laienapostolats.³³ Auch das Forum christlicher Institutionen (*Fórum kresťanských inštitúcií* – FKI), das verschiedene christliche Organisationen unter seinem Dach vereint, erhält finanzielle Zuwendungen von Renovabis. Das FKI dient als Informations- und Kooperationsplattform für seine Mitglieder, es ist unter anderem zuständig für die Kontakte zur Regierung und zur öffentlichen Verwaltung sowie für die Vertiefung internationaler Beziehungen. So war das FKI beispielsweise auch an der Organisation des zweiten ökumenischen Kirchentages im Mai 2010 in München beteiligt. Einen weiteren Bezug zu Deutschland bildet das slowakische Kolpingwerk, das wiederum eng mit dem internationalen Kolpingwerk mit Sitz in Köln verbunden ist und sich ebenfalls zu den Mitgliedern des FKI zählt. Neben den Beziehungen verschiedener deutscher und slowakischer Verbände gibt es zudem einige deutsch-slowakische Partnerschaften wie etwa zwischen dem Bistum Banská Bystrica und dem Dekanat Andernach oder zwischen der Katholischen Jungen Gemeinde des Diözesanverbands Limburg und der slowakischen Bewegung christlicher junger Gemeinden eRko.³⁴

33 | Vgl. Renovabis, „Länderinformationen Slowakei“, <http://renovabis.de/laender-projekte/laenderinformationen/slowakei> [23.06.2010].

34 | Gespräch mit Katarína Hulmanová, Fórum kresťanských inštitúcií, 07.06.2010.

FAZIT UND AUSBlick – ÜBERRASCHUNG BEI DEN PARLAMENTSWAHLEN IM JUNI 2010

Die nähere Betrachtung der deutsch-slowakischen Beziehungen brachte äußerst vielfältige politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Verbindungen zu Tage. Die Auffassung von Pavol Lukáč aus dem Jahre 2004 vom Fehlen einer Gemeinschaft kann daher nicht geteilt werden. Auch dass viele Beziehungen abseits der öffentlichen Wahrnehmung bestehen, sollte nicht als Maßstab für ihre Bewertung herangezogen werden.

Vor allem im politischen und wirtschaftlichen Bereich fällt jedoch auf, dass die Beziehungen eher asymmetrischer Art sind: Während Deutschland für die Slowakei eine hohe Bedeutung hat, misst es der Slowakei eine geringere Bedeutung bei.³⁵ Seit einigen Jahren kann jedoch eine Verringerung dieser Asymmetrie beobachtet werden: Auf der politischen Ebene wurde die Slowakische Republik in der EU, der NATO, im Schengenraum sowie in der Euro-

Um der gesteigerten Bedeutung der Slowakischen Republik Tribut zu zollen, sollte sich Deutschland besser um seinen „kleinen“ Partner in der Mitte Europas kümmern, beispielsweise durch vermehrte Besuche der obersten politischen Ebene.

ze zone zu einem Partner der Bundesrepublik Deutschland. Auch im wirtschaftlichen Bereich wird die Slowakei mehr und mehr als vollwertiger Partner denn als verlängerte Werkbank gesehen. Um der gesteigerten Bedeutung der Slowakischen Republik Tribut zu zollen, sollte sich Deutschland auch

angesichts der künftigen Notwendigkeit zur Sicherung von Mehrheiten innerhalb des EU-Ministerrates besser um seinen „kleinen“ Partner in der Mitte Europas kümmern. Dies könnte beispielsweise durch vermehrte Besuche der obersten politischen Ebene oder durch die Unterzeichnung eines eigenen deutsch-slowakischen Freundschaftsvertrages erfolgen. Umgekehrt sollte die Slowakische Republik ihre Präsenz in Deutschland erhöhen, um künftig seitens der Deutschen besser wahrgenommen zu werden.

Vielleicht passiert das ja nun nach den Parlamentswahlen vom 12. Juni 2010. Bereits am 8. Juli wurde die 53-jährige Soziologieprofessorin Iveta Radičová als erste Frau in der Geschichte der Slowakei Regierungschefin, nachdem sie und die vier Parteichefs der künftigen Mitte-Rechts-

35 | Vgl. Vladimir Bilčík und Juraj Buzalka (2006), 65.

Koalition in öffentlicher Zeremonie ihren Koalitionsvertrag unterzeichnet hatten. „Die Slowakei soll wieder ein Ort für ein würdiges Leben werden“, verkündete die künftige Premierministerin nach der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages als gemeinsames Ziel der von ihr geführten Regierung. Sie versprach „ein verantwortungsvolles und transparentes Regieren“, bei dem die Bekämpfung der Korruption neben der Eindämmung des Haushaltsdefizits oberste Priorität haben werde. In Anspielung auf zahlreiche Korruptionsskandale aller bisherigen Regierungen drohte Radičová auch ihren Regierungspartnern mit „Nulltoleranz“ schon beim ersten begründeten Verdacht von Korruption.

Und wie werden sich nun die Beziehungen der Slowakei zur EU und zu Deutschland weiterentwickeln? Der ehemalige Premier und neuernannte Außenminister Mikulas Dzurinda wird sich zunächst einmal darum kümmern müssen, irritierte EU-Partner zu besänftigen.

„Die Slowakei wird den Euro-Schutzhirm nicht blockieren“, widersprach Premierministerin Radičová schon eigenen Wahlkampftönen. Etwas Nachverhandeln werde aber doch noch nötig sein. Gerade Radičová und ihre Partei hatten mit dem Argument, die arme Slowakei dürfe nicht für das reichere Griechenland zur Kasse gebeten werden, für merkliche Verstimmung gesorgt, nachdem Fico eine solidarische Beteiligung der Slowakei bereits zugesichert hatte: „Wir dürfen nicht nur die Vorteile der Europäischen Union genießen, aber abseits stehen, wenn unsere Solidarität gefragt ist“, hatte Fico wiederholt gemahnt. Man wird sehen, ob bei diesen von Radicova gewünschten Nachverhandlungen etwas herauskommt oder nicht. Ein Ausscheren der Slowakei aus dem Solidaritätsprinzip würde von den anderen EU-Partnern wohl kaum ohne Folgen akzeptiert werden.

Die Premierministerin Radičová und ihre Partei hatten mit dem Argument, die arme Slowakei dürfe nicht für das reichere Griechenland zur Kasse gebeten werden, für merkliche Verstimmung in der EU gesorgt.

Die Beziehungen zu Deutschland werden nunmehr wahrscheinlich wieder etwas lebendiger werden. Mikulas Dzurinda und Angela Merkel kennen und schätzen sich bereits seit Jahren, und auch die neue slowakische Regierungschefin Iveta Radicova dürfte in Berlin wohl offene Türen vorfinden, wenn es um den weiteren Ausbau der

deutsch-slowakischen Beziehungen geht. Und wer weiß, vielleicht intensiviert die Slowakei auch etwas ihre Präsenz in Deutschland und wartet nicht nur darauf, dass deutsche Investoren von allein den Weg in die Slowakei finden.

Das Manuskript wurde am 10. Juli 2010 abgeschlossen.